



### EDITORIAL



Liebe Leserinnen und Leser, in diesen Tagen erreichte die 18. Wahlperiode im Hessischen

Landtag ihre Halbzeit – ein guter Zeitpunkt, um Zwischenbilanz zu ziehen. Hessen geht es gut. Als christlich-liberale Koalition haben wir wichtige politische Richtungsentscheidungen für unser Land getroffen und gemeinsam mit unserer Landesregierung Hessen in den entscheidenden Zukunftsbereichen Sicherheit, Wirtschaft, Finanzen und Bildung weiter vorangebracht.

Das größte Wirtschaftswachstum und die niedrigste Arbeitslosenquote seit 20 Jahren sind Folge und Bestätigungen für unsere Arbeit. Gleichzeitig haben wir mit der Schuldenbremse in Hessen eine eindrucksvolle Wende in der Finanzpolitik eingeleitet. Bei der Inneren Sicherheit steht Hessen auf einem Spitzenplatz, dazu verfügt das Land über so viele Lehrer wie noch nie. Der wirtschaftliche Erfolg, die ländliche Vielfalt und die exzellente geografische Lage Hessens führen uns dabei tagtäglich unsere hohe Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes vor Augen. Davon konnten sich die Abgeordneten auch auf dem Hessianstag oder bei ihren Sommerreisen überzeugen.

Die CDU zeichnet sich durch ein hohes Maß an Geschlossenheit und Überzeugung aus und blickt hoch motiviert mit Zuversicht und Optimismus auf die vor uns liegende zweite Hälfte der Legislaturperiode. Wir sind dem Erfolg Hessens verpflichtet und schaffen neue Chancen, um unser Land in eine sichere und stabile Zukunft zu führen.

Ihr

Dr. Christean Wagner  
Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion

### HALBZEITBILANZ DER CHRISTLICH-LIBERALEN KOALITION

## Beste Aussichten für Hessen

Die Fraktionsvorsitzenden von CDU und FDP im Hessischen Landtag, Dr. Christean Wagner und Florian Rentsch, zogen auf ihrer gemeinsamen Halbzeitbilanz zur aktuellen Legislaturperiode ein ebenso deutliches wie pointiertes Fazit: „Hessen geht es gut!“

Die Regierungskoalition hat in den vergangenen zweieinhalb Jahren wichtige politische Richtungsentscheidungen für unser Land getroffen und es in entscheidenden Zukunftsbereichen wie Wirtschaft, Finanzen, Bildung und Sicherheit erfolgreich vorangebracht. „Mit dieser bisherigen Erfolgsbilanz sind nicht nur die Fraktionen von CDU und FDP im Hessischen Landtag hochzufrieden“, so Wagner. Auch die hessische Wirtschaft lobt den politischen Kurs des Landes.

In Zeiten der Krise hat Hessen mit einem bundesweit vorbildlichen Konjunkturförderprogramm einen Schwerpunkt auf die Sicherung der bestehenden und die Schaffung neuer Arbeitsplätze gelegt. Es wurde investiert in Hochschulen, Schulen, Krankenhäuser und den Ausbau der kommunalen Infrastruktur. Durch eine verantwortungsvolle Politik wurde die heimische Wirtschaft gestärkt und so tausende Arbeitsplätze in Hessen gesichert und neue geschaffen. Die zahlreichen Investitionen haben wichtige Impulse für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes gesetzt.

Die Ergebnisse geben der Regierung recht. Hessen und Deutschland sind deutlich besser aus der Krise gekommen als der Großteil der Staaten weltweit. Das größte Wirtschaftswachstum und die niedrigste Arbeitslosenquote seit 20 Jahren sind Folge und Bestätigungen für eine engagierte Arbeit. Gleichzeitig wurde mit der Einführung der Schuldenbremse in Hessen eine eindrucksvolle Wende in der Finanzpolitik eingeleitet. Bei der Inneren Sicherheit steht Hessen auf einem Spitzenplatz. Das Land hat so viele Lehrer wie noch nie. Die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss wurde noch deutlicher reduziert. 20 Prozent der

Schülerinnen und Schüler erwerben derzeit einen Hauptschulabschluss.

Zweieinhalb Jahre nach der Überwindung der „Hessischen Verhältnisse“ steht die christlich-liberale Koalition für Stabilität und Fortschritt in Hessen. Mit dem Wechsel an der Spitze der Landesregierung in der laufenden Legislaturperiode durch das Ausscheiden von Roland Koch und der Wahl Volker Bouffiers zum neuen Ministerpräsidenten mit allen 66 Stimmen der Regierungsfractionen hat die Regierungskoalition ihre Geschlossenheit eindrucksvoll unter Beweis gestellt.



Hessen zeigt: Schwarz-Gelb funktioniert. Florian Rentsch (links) und Dr. Christean Wagner.

Ministerpräsident Bouffier baut Brücken über die Parteigrenzen hinweg. Auch bei schwierigen Sachfragen wie der Schuldenbremse und der Energieversorgung der Zukunft hat er unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen an einen Tisch gebracht. Er zeichnet sich darüber hinaus durch Bürgernähe und Gesprächsoffenheit aus“, sagte Wagner.

Die zweite Hälfte der Wahlperiode stellten die Fraktionschefs unter das Motto „Zukunft sichern!“. Bei dieser Gelegenheit zählten sie auch vordringliche Aufgaben für die kommenden 30 Monate auf. „Wir wollen die wirtschaftliche Stärke und Innovationskraft unseres Landes weiter ausbauen, neue Chancen eröffnen und so den Aufschwung langfristig sichern. Um dies zu erreichen, setzen wir auf eine Kultur der Leistungsbereitschaft, Leistungsanerkennung und der Bürgerverantwortung“, so Wagner.



## KURZ & BÜNDIG

Die Landesregierung ermutigt zur Diskussion um den künftigen Kurs der **Energiepolitik in Hessen**. Bringen Sie Ihre Ideen zu Fragen der Arbeitsgruppen ein und stimmen Sie über eingehende Vorschläge ab auf [www.energiegipfel.hessen.de](http://www.energiegipfel.hessen.de) +++ Rund zweieinhalb Jahre nach ihrem Start sind in Hessen rund zwei Milliarden Euro aus den Konjunkturpaketen von Bund und Land ausgezahlt worden. Drei Viertel der rund 5.000 Projekte wurden abgeschlossen. Insgesamt umfasst das **Konjunkturprogramm**, das die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise eindämmen sollte, rund 2,6 Milliarden Euro. Etwa 1,7 Milliarden Euro stammen vom Land, rund 900 Millionen Euro schießt der Bund zu +++ Ende August besuchte der **Dalai Lama** für drei Tage Hessen. Er sprach während dieses Besuches auch vor dem Hessischen Landtag. Bilder der Veranstaltung finden Sie unter [www.cduhlink.de/ltggastdl](http://www.cduhlink.de/ltggastdl)

## INHALT

- 1 Editorial  
Halbzeitbilanz 2011
- 2 kurz und bündig  
Sommerreisen der Fraktion
- 3 Neu in der Fraktion
- 4 Hessentag 2011  
Die Linke – nicht auf dem Boden der Verfassung
- 5 CDU/CSU-Fraktionsvorsitzendenkonferenz  
50. Jahrestag des Mauerbaus
- 6 Fremde Federn – Dr. Michael Meister  
Die CDU – Hüterin der Geldwertstabilität
- 7 US-Armee in Wiesbaden  
Universitätsklinikum Gießen-Marburg
- 8 Terminkalender  
Impressum

## SOMMERREISEN DER ARBEITSKREISE

### ABGEORDNETE IM DIALOG VOR ORT



Die parlamentarische Sommerpause bietet unseren Abgeordneten die Gelegenheit, abseits der Verpflichtungen in der Landeshauptstadt durch Fachgruppenreisen neue Eindrücke im gesamten Hessenland zu sammeln. So vertiefen unsere Fraktionsmitglieder ihre Kenntnisse.

Die Arbeitskreise – themenspezifische Gruppen innerhalb der Fraktion – bereisten daher auch in der Sommerferienzeit 2011 zahlreiche Institutionen und Organisationen, um vor Ort Gespräche zu führen. So wird immer wieder die parlamentarische Arbeit an der Situation vor Ort gemessen.

Die insgesamt dreißig Ortstermine der Arbeitskreise belegen einmal mehr das Engagement der CDU-Landtagsfraktion und ihrer Abgeordneten. Ganz nach dem Motto:

**Stark für Hessen – Kompetent vor Ort!**

- 1 Sozialpolitiker zu Besuch im Antoniusheim Fulda
- 2 Mitglieder des Hauptausschusses besuchten den Computerspielehersteller Crytek in Frankfurt
- 3 Arbeitskreis Wirtschaft und Verkehr bei der K + S Kali GmbH
- 4 Mitglieder der Enquete-Kommission im Forum für interkulturellen Dialog e.V.
- 5 Mediales Interesse an den Sommerreisen der CDU-Landtagsabgeordneten
- 6 Besuch des Bundesverwaltungsgerichts
- 7 Besuch des Landesbetriebs Hessen-Forst
- 8 Innenpolitiker auf der neuen „Tatortstraße“ der hessischen Bereitschaftspolizei
- 9 Arbeitskreis Wissenschaft und Kunst zu Besuch im Fraunhofer-Institut in Darmstadt



## NEU IN DER FRAKTION

### Irmgard Klaff-Isselmann rückt nach

### Dr. Rolf Müller neuer Sprecher für Wissenschaft und Kunst



Rafael Reißer



Irmgard Klaff-Isselmann



Dr. Rolf Müller

Für den Darmstädter Abgeordneten Rafael Reißer ist Irmgard Klaff-Isselmann als Nachfolgerin ab dem 1. Juli in den Hessischen Landtag nachgerückt. Reißer wurde in das Amt des Bürgermeisters in Darmstadt gewählt und

Fraktion war er zuletzt unter anderem Arbeitskreisvorsitzender und Sprecher für Wissenschaft und Kunst. Irmgard Klaff-Isselmann war zuletzt als Darmstädter Stadtverordnete tätig. Ihre langjährige kommunalpolitische Erfahrung wird eine

schied daher aus der CDU-Fraktion aus.

Rafael Reißer war von 2003 bis 2008 und seit 2009 Mitglied des Hessischen Landtags. Innerhalb der CDU-

große Bereicherung für die CDU-Landtagsfraktion sein. Im Arbeitskreis Soziales und im Arbeitskreis Petitionen gestaltet sie nun die erfolgreiche Arbeit der Landtagsfraktion mit.

Mit Dr. Rolf Müller hat die CDU-Fraktion zudem die Spitze des Arbeitskreises für Wissenschaft und Kunst neu besetzt. Der erfahrene Landtagsabgeordnete und promovierte Germanist übernimmt damit für die Fraktion auch die Sprecheraufgaben auf diesem Themengebiet.



OBERURSEL, DAS TOR ZUM TAUNUS LUD UNS EIN, BEIM HESSENFEST DABEI ZU SEIN

## Hessentag 2011



Nicht nur die Hessentagsstadt 2011 Oberursel feierte zum 51. Hessentag einen neuen Besucherrekord. Auch die CDU-Landtagsfraktion freute sich über zahlreiche Besucher am Stand der Landtagsfraktion auf dem Fest der Hessen.

Dort standen Abgeordnete der Fraktion und die Mitglieder im Kabinett von Ministerpräsident Volker Bouffier den Fragen der Besucher Rede und Antwort und erläuterten Inhalte und Ziele der CDU-Landespolitik. Für kurzweilige Unterhaltung sorgte zudem auch dieses Jahr die Spielekonsole der Fraktion.



Ein großer Andrang am Stand war der Lohn für ein vielfältiges Angebot der CDU-Landtagsfraktion. Entsprechend zog deren Parlamentarischer Geschäftsführer, Holger Bellino, ein überaus positives Fazit. „Wer Entscheidungen treffen will, muss auch zuhören können. Das haben wir getan – und Bürger wie Politiker werden davon auch weiterhin profitieren“, so Bellino.

Gute Tradition hat auch die öffentliche Sitzung der CDU-Landtagsfraktion in der Hessentagsstadt. Dazu wurden alle Bürger und Vertreter der Medien am



Dienstag der Festwoche in die Stadthalle Oberursel eingeladen. Unter dem Vorsitz des Fraktionsvorsitzenden Dr. Christean Wagner konnten sich die Gäste so unmittelbar ein Bild von der parlamentarischen Arbeit der Landtagsfraktion machen.

### WEB-TIPP

Bilder vom Stand der Fraktion finden Sie auf der Homepage der Fraktion oder direkt über [cdulink.de/ltght11](http://cdulink.de/ltght11).

VORSTELLUNG DOKUMENTATION ZUR PARTEI UND FRAKTION „DIE LINKE“ IN HESSEN – TEIL IV

## DIE LINKE – nicht auf dem Boden der Verfassung



„Alle demokratischen Parteien stehen in der Pflicht, wachsam gegenüber verfassungsfeindlichen Gruppen zu sein.“ Dr. Christean Wagner

Die CDU-Landtagsfraktion analysiert und dokumentiert die Aktivitäten von Partei und Fraktion ‚Die Linke‘. Während der Vorstellung des vierten Teils dieser Arbeit fand der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag, Dr. Christean Wagner, klare Worte:

„Die Häufigkeit und Intensität extremistischer Auftritte der Partei ‚Die Linke‘ haben zugenommen und sind in Teilen mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes nicht zu vereinbaren. Es bleibt die Pflicht aller Demokraten, entschieden gegen alle Formen von Extremismus vorzugehen und Demokratie und Rechtsstaat zu verteidigen“, stellte Wagner fest.

In fast jeder Landtagssitzungswoche werden von führenden Vertretern Aussagen getroffen, die zeigen, dass das Verhältnis der Fraktion und ihrer Führungspersonen zur Verfassung fragwürdig ist: Die Unterstützung illegaler Protestformen wie zum Beispiel das sogenannte Castor-Schottern, die Verunglimpfung von Verfassungsorganen oder Gerichtsentscheidungen oder die wiederholten Forderungen nach einem gewaltsamen Systemumsturz. Dies

seien nur einige der Beispiele, die im vierten Teil der Dokumentation belegt und erläutert wurden, so Wagner.

„Der vierte Teil der Dokumentation macht erneut deutlich, dass Teile von Partei und Fraktion ‚Die Linke‘ verfassungsfeindliche Ziele verfolgen. Auch wenn der politische Einfluss der Linken derzeit überschaubar ist, muss es für alle demokratischen Parteien eine Selbstverständlichkeit sein, nicht mit ihnen zusammenzuarbeiten, sondern den Verfassungsfeinden entschlossen entgegenzutreten“, forderte Wagner.

### WEB-TIPP

Die Dokumentationen über die Partei ‚Die Linke‘ finden Sie auf den Seiten der CDU-Landtagsfraktion oder direkt über <http://cdulink.de/ltgld4>.



UNION STELLT WEICHEN FÜR DIE ZUKUNFT

## CDU/CSU-Fraktionsvorsitzendenkonferenz (FVK) in Berlin

Die Fraktionsvorsitzenden von CDU und CSU aus den Landtagen, dem Bundestag sowie dem Europäischen Parlament haben sich Ende Mai in Berlin in aktuellen politischen Fragen abgestimmt. Unter Vorsitz des CDU-Fraktionsvorsitzenden im Hessischen Landtag, Dr. Christean Wagner, wurde über zahlreiche Themen der Bundespolitik, die aktuellen Entwicklungen in der Energiepolitik und über ein gemeinsames Profil der Union in der Bildungspolitik gesprochen.

Während der Konferenz sprachen die Fraktionsvorsitzenden auch über die zu bewältigenden Aufgaben auf dem Weg zur Energieversorgung der Zukunft. Insbesondere müsse sichergestellt werden, dass die Stromkosten für den „kleinen Mann“ bezahlbar bleiben und energieintensive Industriebetriebe ihre Wettbewerbsfähigkeit und damit Arbeitsplätze sichern könnten. „Auch hier zeigt sich, dass die Union die Weichen für die Zukunft unseres Landes stellt. Für unseren Industrie- und Wirtschaftsstandort benötigen wir eine ausreichende Versorgungssicherheit und eine bezahlbare Energieversorgung, um hunderttausende Arbeitsplätze und damit den Wohlstand

in unserem Land nicht zu gefährden“, so Wagner.

In der Bildungspolitik unterstrichen die Fraktionsvorsitzenden, dass unsere Schulen auch in Zukunft den zahlreichen und unterschiedlichen Begabungen unserer Kinder gerecht werden müssen. Die Union steht nach dem Grundsatz „Vielfalt fördert alle!“ für den Erhalt eines differenzierten Schulsystems mit Grundschulen und den Gymnasien als starke Säulen der schulischen Bildung.

Bereits im vergangenen Jahr hat die FVK bei ihrer Tagung in Wiesbaden einstimmig für die Einführung der Schuldenbremse in den Ländern plädiert. Die Fraktionsvorsitzenden tauschten sich nun über den Verfahrensstand bei der Umsetzung aus. Die FVK forderte zudem die Rückführung der Nettoverschuldung in den Ländern mit Hilfe der derzeitigen Steuermehereinnahme. „Wir müssen die Schuldenspirale endlich stoppen und dürfen

unsere Enkelgeneration nicht länger belasten. Das erfordert Mut zur Verantwortung, denn mit Sozialpopulismus lassen sich die Herausforderungen unserer Zeit nicht lösen“, sagte Wagner.

Außerdem fasste die FVK eine Resolution in Erinnerung an den Bau der Berliner Mauer vor 50 Jahren. In dem einstimmigen Beschluss heißt es: „Die Erinnerung an den 13. August 1961 ist unauslöschlicher Bestandteil der Deutschen Geschichte. Mauer und Stacheldraht sind einprägsame Symbole für Unfreiheit, Unterdrückung und sozialistische Diktatur, die im scharfen Gegensatz zu den unverzichtbaren Werten der Demokratie und der Freiheit stehen.“

Von links: Frank Henkel, Dr. Angela Merkel, Dr. Christean Wagner.



RESPEKT UND DANKBARKEIT FÜR ALLE, DIE GEGEN DIE UNTERDRÜCKUNG AUFSTANDEN

## 50. Jahrestag des Mauerbaus



Holger Bellino MdB

wie eine klaffende Wunde durch Berlin und unser Vaterland. Das hessische Parlament gedachte daher auf Antrag der CDU-Landtagsfraktion der 75.000 Men-

Der Bau der Mauer gehört zu den bittersten Ereignissen der Nachkriegsgeschichte. Schließlich zog sich 29 Jahre die Mauer

schen, die wegen ‚Republikflucht‘ vor DDR-Gerichte gestellt wurden und in Stasi-Gefängnissen schlimmste Repressalien erdulden mussten. „Insbesondere gedenken wir den 1.000 Menschen, die bis zum Fall der Mauer ihr Leben an der innerdeutschen Grenze – mitten in Deutschland – verloren haben. Die Mauer war eine Grenzanlage, die Sehnsucht nach Freiheit mit Minen sprengte, durch Mauerschützen zerschoss oder in Spree und Ostsee ertränkte“, so der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, Holger Bellino.

Der Bau der Mauer ist heute aber auch untrennbar mit dem 9. November 1989

verbunden. „Dabei ist hervorzuheben, dass die deutsche Einheit kein Zufallsprodukt war. Der Fall der Mauer ist dem beispielhaften Mut vieler zu verdanken: Hierzu gehören Politiker, die auch in der Tagespolitik jener Jahre, in denen die Mauer unzerstörbar schien, nie vergaßen, dass die Wiedervereinigung das oberste Gebot sein muss. Und selbstverständlich gehören hierzu auch alle Frauen und Männer, die gegen Diktatur, Unterdrückung und Bespitzelung aufstanden. Ihre Freiheitsliebe war so groß, dass sie trotz großer Gefahren, hoher Strafen auf die Straßen gingen und demonstrierten. Ohne sie würde die unmenschliche Mauer heute noch stehen“, sagte Bellino.



## Die CDU – Hüterin der Geldwertstabilität



Foto: Dr. Michael Meister

**Von Dr. Michael Meister, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion**

Im Blickfeld der Öffentlichkeit befinden sich gegenwärtig die Rettungshilfen für die angeschlagenen Volkswirtschaften in Europa und die Einrichtung eines dauerhaften europäischen Stabilitätsmechanismus. Überbordende Staatsschulden in einigen europäischen Ländern und das mangelnde Vertrauen in deren Bewältigung scheinen den Euro infrage zu stellen. Die deutsche Bevölkerung macht sich Sorgen über dessen Stabilität und die deutschen Steuergelder. An Deutschland werden nicht zuletzt wegen der guten Wirtschaftslage hohe Erwartungen geknüpft. Deutschland hat die Wirtschafts- und Finanzkrise gut überwunden. Mit einem Wirtschaftswachstum von 3,5 % für die Jahre 2011 und 2012, einer Arbeitslosenzahl von unter 3 Mio. Personen, rund 41 Mio. Erwerbstätigen ist Deutschland ein Garant für Stabilität in der Eurozone, aber auch entscheidender Ansprechpartner für Rettungshilfen.

Bei der Diskussion über die Rettungshilfen und die Einführung des europäischen Stabilitätsmechanismus sollten wir uns immer wieder die Vorteile des Euro für Deutschland und Europa bewusst machen. Der Euro hat uns Wohlstand und Arbeit sowie eine Vertiefung der Europäischen Union beschert. Verbraucher und Unternehmen profitieren von Preistransparenz, Preissicherheit, gesunkenen Transaktionskosten und dem Zugang zu einem größeren Kapitalmarkt. Der Euro ist wie bei seiner Einführung von Theo Waigel versprochen eine genauso harte und stabile Währung wie die DM. Nach dem Dollar ist der Euro heute die zweitwichtigste Währung der Weltwirtschaft. Wir können auf Augenhöhe mit amerikanischen und asiatischen Handelspartnern verhandeln.

Die gute Wirtschaftslage in Deutschland und die Vorteile des Euro können jedoch kein Freifahrtschein für die Verschuldung

anderer Staaten sein. Grundlegendes Ziel der Finanzpolitik muss die Bewahrung der Geldwertstabilität bleiben. Hierzu müssen alle Staaten durch die Konsolidierung ihrer Haushalte beitragen. Deswegen gilt für uns, dass es keine Hilfe ohne Gegenleistung geben und jede Hilfe nur zur Selbsthilfe beitragen darf. Diese Prinzipien entsprechen im Übrigen auch unseren Vorstellungen sozialer Marktwirtschaft, an die in den letzten Wochen wieder erinnert wurde.



Mit der größten Reform der Währungsunion seit Einführung des Euro wollen wir die Geldwertstabilität bewahren. Sie besteht aus verschiedenen Elementen, die den jetzt in Not befindlichen Staaten helfen und in Zukunft solche Notlagen vermeiden sollen.

- Mit den Rettungshilfen leisten wir jetzt Hilfe zur Selbsthilfe. Die betroffenen Staaten sollen in den Stand versetzt werden, sich wieder selbstständig finanzieren zu können. Dabei gibt es keine Leistung ohne Gegenleistung. EU-Kommission, IWF und EZB haben einen Katalog harter Reformmaßnahmen vorgelegt, den die Staaten, die Hilfe in Anspruch nehmen, umsetzen müssen.
- Wir haben den unter Rot/Grün aufgeweichten Stabilitäts- und Wachstumspakt wieder geschärft. Unser Ziel ist es nicht, sich vor der Verantwortung drücken zu können, sondern sich ihr zu stellen.
- Mit dem Euro-Plus-Paket verpflichten sich alle Mitgliedstaaten auf strukturelle Maßnahmen, um insbesondere Menschen in Arbeit zu bringen und Armut zu bekämpfen.

- Der Europäische Stabilitätsmechanismus ESM wird den gleichen Prinzipien folgen wie die Rettungshilfen: Keine Leistung ohne Gegenleistung. Kein Staat wird sich zukünftig unnötig in eine Situation bringen wollen, die eine Inanspruchnahme des ESM und damit eine derartige externe Abhängigkeit mit sich bringt.

Die Bundesregierung hat vier Gesetzesvorhaben zur parlamentarischen Umsetzung der Beschlüsse der Staats- und Regierungschefs angekündigt. Wir haben bereits Gespräche mit dem Bundesfinanzminister aufgenommen, um die Beteiligungsrechte des Deutschen Bundestages zu sichern. Innerhalb der Regierungsfractionen sind wir uns einig, dass die parlamentarische Mitwirkung in allen Fällen vor der Beschlussfassung des ESM erfolgen sollte. Bei Fragen der Hilfeleistung und über das Vorliegen der Voraussetzungen für eine Hilfe soll ein Beschluss des Deutschen Bundestages erforderlich sein. Sofern es um Änderungen bei den Darlehenskapazitäten oder beim Instrumentarium geht, halten wir einen nationalen Gesetzesvorbehalt für angemessen. Damit werden wir die demokratische Legitimierung und Kontrolle von Hilfsmaßnahmen sicherstellen.

Schnelle Lösungen kann es nicht geben. Zerrüttete Staatsfinanzen lassen sich eben nicht von heute auf morgen sanieren. Weder die Bankrotterklärung Griechenlands noch dessen Austritt aus der Eurozone sind verantwortbare Optionen. Niemand weiß, was passieren würde, wenn angesichts der wirtschaftlichen und finanziellen Verflechtungen der Volkswirtschaften ganze Staaten ungeordnet in die Insolvenz gehen würden. Niemand kann sicher ausschließen, dass es nicht zu einer erneuten Finanz- und Wirtschaftskrise kommen würde. Die Einführung von Eurobonds mag kurzfristig eine Entlastung bringen. Sie beseitigt jedoch die Haushaltsdisziplin und wird mittel- und langfristig für eine noch größere Krise sorgen. Der Weg, den wir beschritten haben, ist lang und steinig. Die Probleme werden nicht morgen gelöst sein. Trotzdem halte ich ihn für richtig.



## US-ARMEE IN WIESBADEN

### CDU-Landtagsfraktion heißt amerikanische Streitkräfte herzlich willkommen

Das neue europäische Hauptquartier der US-Armee entsteht in Wiesbaden. Dies ist nach Meinung der CDU-Landtagsfraktion eine Ehre für die Landeshauptstadt und das gesamte Bundesland Hessen. „Wir fühlen uns den amerikanischen Streitkräften in Freundschaft verbunden und heißen sie in Wiesbaden herzlich willkommen. Entgegen allem polemischen und billigen Populismus der Linken sind die amerikanischen Streitkräfte unsere Freunde“, erklärte der CDU-Landtagsabgeordnete und Reserveoffizier Günter Schork in einer von der CDU beantragten Aktuellen Stunde.

Er erinnerte während dieser Aussprache im Landtag an den maßgeblichen Beitrag der Vereinigten Staaten am Wiederaufbau Deutschland und der Schaffung

unserer demokratischen Strukturen. „Die LINKE im Hessischen Landtag denkt noch immer in den Kategorien des Kalten Krieges und versucht sich mit propagandistischer DDR-Rhetorik als Rattenfänger. Völlig geschichtsvergessen ignoriert die LINKE, dass tausende amerikanische Soldaten im Kampf gegen das nationalsozialistische Terrorregime ihr Leben für die Befreiung unserer Nation gelassen haben“, kritisierte Schork.

Damit reagierte er auf unwürdige Verlautbarungen seitens der LINKEN im Vorfeld des Zuzugs der US-Streitkräfte.



Günter Schork Mdl

Diese Äußerungen waren umso verständlicher, als dass in der militärischen Zusammenarbeit mit den amerikanischen Streitkräften die Bundesrepublik Deutschland stets einen starken Partner an ihrer Seite hatte, der im Bündnis mit den NATO-Partnern die Sicherheit des Westens gewährleiste-

te und ein entscheidendes Gegengewicht zu den kommunistischen Mächten des Warschauer Paktes bildete. „Für dieses Engagement im Auftrag von Freiheit und Demokratie sind wir bis heute dankbar“, so der CDU-Politiker.

## UNIVERSITÄTSKLINIKUM GIESSEN-MARBURG

### Gesetzentwurf durch Regierungsfractionen vorgelegt



Karin Wolff Mdl

Die Zusammenlegung und Privatisierung der Universitätskliniken in Gießen und Marburg 2005/06 war und bleibt die richtige Entscheidung.

Sie hat langfristig die Zukunft beider Standorte, viele Arbeitsplätze sowie eine medizinische Forschung in Mittelhessen auf Spitzenniveau gesichert. Der private Investor hat inzwischen über 300 Millionen Euro in die Infrastruktur in Gießen und Marburg investiert. Und mit dem Kaufpreis von 100 Mio. Euro hat das Land die vielbeachtete „Von Behring-Röntgen-Stiftung“

errichtet, um die Universitätsmedizin an beiden Standorten zu unterstützen. Diesen Schritt hat auch das Bundesverfassungsgericht in einer Entscheidung Anfang des Jahres nicht infrage gestellt. Das höchste deutsche Gericht bemängelte lediglich die gesetzliche Regelung zur Überleitung der Arbeitnehmer an das privatisierte Universitätsklinikum und forderte hier eine Neuregelung.

Ein nun durch die Fraktionen von FDP und CDU vorgelegter Gesetzentwurf wird in dieser letzten Detailfrage Rechtssicherheit und Rechtsklarheit für Arbeitnehmer, Patienten und das Universitätsklinikum Gießen-Marburg schaffen. „Damit gewährleisten wir Kontinuität und Zuverlässigkeit für Krankenversorgung in Mittelhessen“, umriss die Vorsitzende des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst, Karin Wolff, die Ziele des Gesetzentwurfes der Regierungsfractionen. Im Ergebnis wird es ein Rückkehrrecht von Beschäftigten am

Universitätsklinikum Gießen-Marburg in den Landesdienst geben. „Die Beschäftigten müssen nun prüfen, ob sie durch die Rückkehr überhaupt einen Vorteil haben, denn der weitaus größte Teil von ihnen steht bei ihrem jetzigen Arbeitgeber in vielerlei Hinsicht besser da“, sagte Wolff.

Sie begrüßte ferner die Schaffung eines „runden Tisches“ für die betroffenen Beschäftigten unter Leitung des Wissenschaftsministeriums sowie die Bereitschaft der Tarifpartner, trotz des noch laufenden Tarifvertrags neue Verhandlungen aufzunehmen. „Das macht deutlich, dass es der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen um einen fairen Interessenausgleich zwischen allen Beteiligten geht“, so Wolff.

Der Gesetzesentwurf wird nun im zuständigen Ausschuss für Wissenschaft und Kunst des Hessischen Landtags beraten.



## 16. FRAKTIONSFORUM Die Schuldenkrise in der EU – Eine Gefahr für den europäischen Einigungsprozess?

Die europäischen Staaten sind mit einer Staatsschuldenkrise von historischem Ausmaß konfrontiert. Ohne die bislang gezeigte Solidarität der Euro-Länder wäre eine Staatsinsolvenz einzelner Mitglieder unausweichlich.

Als CDU-Fraktion im Hessischen Landtag wollen wir im Rahmen einer Podiumsdiskussion die zum Teil komplexen Fragen rund um die finanzielle Situation mehrerer europäischer Staaten und die bislang unternommenen Rettungsmaßnahmen analysieren: Ist die Bevölkerung in Deutschland weiterhin bereit, Finanzhilfen mitzutragen, obwohl aufgrund der notwendigen Haushaltskonsolidierung parallel Einschnitte in das eigene staatliche Leistungsangebot drohen? Wie viel Solidarität kann den Staaten und den Bürgern zum Erhalt einer gemeinsamen Währung abverlangt werden?

Es ist unser Auftrag, Ihnen darzulegen, was in welchem Fall auf unser Land zukommen könnte. Die europäische Einigung ist eine der maßgeblichen Ursachen für Frieden und Wohlstand in der jüngeren Geschichte unseres Landes. Die Namen großer Unionspolitiker wie Konrad Adenauer oder Helmut Kohl sind untrennbar mit diesem Jahrhundertereignis verbunden. Gerade deshalb haben wir als Union eine besondere Verantwortung für die Zukunft Europas.

### TERMIN

26. Oktober, Landtag Wiesbaden |  
[cdulink.de/ltgff16](http://cdulink.de/ltgff16)

## 6. HESSISCHER FAMILIENTAG – Fraktion vor Ort in Eltville

Der Familientag ist ein wichtiges Signal für die zentrale gesellschaftliche Bedeutung der Familie. Diese steht zum sechsten Mal mit all ihren Bedürfnissen im Mittelpunkt der Öffentlichkeit. Zahlreiche ehrenamtliche Helfer aus den Vereinen, Verbänden und Institutionen ermöglichen hierbei ein umfangreiches Programm. Auch die Landtagsfraktion wird mit einem Stand vor Ort vertreten sein.



### TERMIN

17. September, Eltville am Rhein |  
[hessischer-familientag.de](http://hessischer-familientag.de)

## WERTEREIHE III – TERMINVERSCHIEBUNG Was uns leitet – eine Kultur der Erneuerung und Bewahrung

Die Veranstaltung am 6. September 2011 mit Stephanie Freifrau von und zu Gutenberg musste auf Wunsch der Referentin auf 2012 verschoben werden. Somit findet die nächste Veranstaltung dieser Reihe im November statt:



„Bewahrung und  
Erneuerung von  
Religion und Kirche“  
Referent: Dr. Stefan  
Kiechle, SJ Provinzial  
der Jesuiten in  
Deutschland

### TERMIN

22. November, Landtag Wiesbaden |  
[cdulink.de/ltgwr3](http://cdulink.de/ltgwr3)

## Gewinner des Preisrätsels der Mai-Ausgabe:

Klaus Ritter, Biebergemünd – Kassel  
 Walter Motz, Großenlüder  
 Ulrike Schäfer, Bad Zwesten  
 Claudia Schoreit, Rüsselsheim  
 Petra Meckel, Langenselbold

## KURZ NOTIERT

- **13. bis 15. September:** Plenarwoche
- **3. Oktober:** Tag der Deutschen Einheit
- **4. bis 6. Oktober:** Plenarwoche
- **31. Oktober:** Reformationstag
- **1. November:** Allerheiligen
- **15. bis 17. November:** Plenarwoche

## KONTAKT

### CDU-Landtagsfraktion

Öffentlichkeitsarbeit  
 Telefon (0611) 350 527  
 Telefax (0611) 350 556  
 E-Mail [cdu-fraktion@ltg.hessen.de](mailto:cdu-fraktion@ltg.hessen.de)  
[www.cdu-fraktion-hessen.de](http://www.cdu-fraktion-hessen.de)

## IMPRESSUM

**Herausgeber:** CDU-Fraktion  
 im Hessischen Landtag  
 Schlossplatz 1–3, 65183 Wiesbaden  
 Tel. (0611) 350 527, Fax (0611) 350 556  
 Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für die im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten

**E-Mail:** [blickpunkt@ltg.hessen.de](mailto:blickpunkt@ltg.hessen.de)

**Verantwortlich:** Holger Bellino

**Chefredakteur:** Christian Henkel

**Redaktion:** Dr. Walter Fishedick,  
 Dr. Tobias Kleiter, Marco Gaug, Christian Richter-Ferenczi, Stefan Schneider,  
 Dennis Schneiderat, Katrin Schäfer,  
 Florian Schönwetter, Benjamin Seliger,  
 Christoph Weirich

**Bildredaktion:** Sandra Welz

**Grafik, Satz und Produktion:** Verlags-  
 und Werbegesellschaft für politische  
 Meinungsbildung mbH, Wiesbaden

**Druck:** Lauck GmbH, Flörsheim am Main

